

Warnung vor falschen Erwartungen



Thomas Straubhaar

Nach Jahren der Tabuisierung ist es politisch korrekt geworden, Deutschland als Einwanderungsland zu etikettieren. Die Wende wurde geschafft, weil nun für viele offensichtlich wurde, dass das deutsche Ausländerproblem nicht ein Problem der Zuwanderung ist, sondern ein Problem der Integration ausländischer Menschen in die deutsche Gesellschaft. Die Zahlen belegen ja eindrucklich genug, dass Deutschland faktisch längst ein Zuwanderungsland ist. Rund 7,5 Mill. Nicht-Deutsche leben in Deutschland. Davon sind drei Viertel Nicht-EU-Angehörige. Mit knapp 9% an der Gesamtbevölkerung liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Deutschland höher als in jedem andern EU-Land (Ausnahme Luxemburg). Und wenn es auch überraschen mag: Mit der Zuwanderung hat Deutschland vergleichsweise kein größeres Problem als andere Nationalstaaten. Überall in Europa bleibt die Frage zu beantworten, wer unter welchen Bedingungen wie lange zuwandern und arbeiten darf.

Das deutsche Einwanderungsproblem entsteht bei der Festlegung der Rechte und Pflichten, die den Zugewanderten und deren Kindern gewährt und auferlegt werden sollen. Wieweit müssen sich Ausländer(innen) an deutschen Werten, Normen, Kultur und Sprache orientieren, wieweit können sie bleiben, wie sie sind? Diese Entscheidung zielt auf das Mark der nationalen Seele. Wer sind wir? Wer gehört wie stark zu uns? Wie sehr kann Zugehörigkeit nur über das jus sanguinis vererbt und wie weit können Gemeinsamkeiten willentlich erlernt werden?

Diese schwierigen und für jeden Staat zentralen Fragen wurden in Deutschland aus nahe liegenden historischen Gründen (zu) lange verdrängt. Und sie konnten deshalb relativ ungestraft auch unbeantwortet bleiben, weil die Trennung in Ost und West klar festlegte, wer zu wem gehörte. Der Fall des eisernen Vorhangs vor zehn Jahren hat jedoch die alte Verdrängungsstrategie hinfällig und eine Neuorientierung in vielerlei Hinsicht notwendig gemacht. Was mit Aus- und Übersiedlern und der neuen Rolle eines vereinten Deutschlands begann, findet in der heutigen Zuwanderungsdiskussion eine logische Fortsetzung – nicht jedoch bereits ein Ende.

Es wäre fatal zu glauben, mit einem Einwanderungsgesetz sei in Kürze die Suche nach der deutschen Identität bereits wieder erfolgreich abgeschlossen. Nach der Politik wird nämlich die Ökonomie in immer stärkerem Maße eine Auseinandersetzung mit dem deutschen Selbstverständnis verlangen. Die Globalisierungswelle steht erst am Anfang. Sie wird in zunehmendem Maße nationale Schutzdämme wegspülen. Immer mehr Menschen werden alte Solidargemeinschaften kündigen, Zwangsmitgliedschaften verlassen und in eigenständig getroffener, freier Wahl neue Beziehungsnetze knüpfen. „Ausländer“ sind somit nur der augenfällige sichtbare Katalysator für einen dringend notwendigen Selbstfindungsprozess der „Einheimischen“!

Wurde Zuwanderung über lange Zeiten als Problemverursacher für vieles gesehen, soll sie nun viele Probleme lösen. Vor allem mit Blick auf die großen Herausforderungen der Zukunft wird Zuwanderung als heilbringende Medizin gesehen. Sei es, dass sie helfen soll, die Rentenlücke zu schließen, die der demographische Alterungsprozess öffnet, weil immer weniger jüngere für immer mehr ältere Deutsche sorgen müssen. Sei es, dass Zuwanderung

den Fachkräftemangel beheben soll, der sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt abzeichnet, weil das heimische Bildungssystem – trotz (oder wegen?) seiner Ausrichtung auf das Ziel „Bildung für alle“ – nicht für genügend Spezialist(inn)en sorgt. Sei es schließlich, dass Zuwanderung jene überfälligen Reformimpulse auslösen soll, die in Deutschland aus eigener Kraft nicht generiert werden, weil alteingesessene Interessengruppen die Wirtschaft in ihrem eisernen Griff festhalten.

Spätestens an diesem Punkt verlässt die Diskussion den Boden der Realität. Richtig ist, dass Zuwanderung makroökonomisch positiv zu beurteilen ist. In aller Regel ist mehr Zuwanderung ökonomisch besser als weniger. Nicht zuletzt die positiven Wirkungen der Zuwanderung und die Beiträge der ausländischen Arbeitskräfte zu den deutschen Sozialkassen ermöglichen es, schwächere und notleidende Einheimische finanziell zu unterstützen. Richtig bleibt aber auch, dass die ökonomischen Wirkungen der Zuwanderung nicht überschätzt werden sollten. Zuwanderung kann höchstens flankierend helfen. Sie kann aber für ein so großes Land wie Deutschland nicht als grundsätzliche Problemlösung wirken, die einen Verzicht auf überfällige Strukturreformen erlauben würde. Besonders augenfällig hat sich die Optik bei der Fachkräftediskussion in der öffentlichen Wahrnehmung verzerrt. Wie Pilze schießen die Prognosen aus dem Boden, die voraussagen, wie viele ausländische Fachkräfte Deutschland benötige, um einen drohenden Mangel zu beseitigen. Ist es bei den einen nur politische Naivität, verlieren andere mit langfristigen Bedarfsschätzungen für ausländische Fachkräfte ihren ökonomischen Sachverstand.

Wer heute glaubt, einen Fachkräftemangel für die Zeit nach 2010 voraussagen zu können, der durch ausländische Arbeitskräfte zu decken wäre, muss zunächst einmal das Angebot und dann die Nachfrage nach Fachkräften in Deutschland prognostizieren. Diese Aufgabe ist nicht zu bewältigen. Zwar lässt sich relativ verlässlich sagen, dass die deutsche Bevölkerung schrumpfen wird. Wie sich aber die Zahl der deutschen Fachkräfte entwickeln wird, hängt vor allem von der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsbeteiligung ab. Und hier schlummern in Deutschland mehr als nur stille Reserven. Die Lebensarbeitszeiten ließen sich schnell und einfach verlängern. Wer älter als 55-jährig ist, wird heutzutage zu rasch zum alten Eisen geworfen – das gilt auch und selbst für Fachkräfte. Die Erwerbstätigkeit der Frauen ist noch immer relativ niedrig. Schließlich spricht nichts dagegen, Deutsche auf allen Altersstufen weiter zu qualifizieren. Es ist mehr als offensichtlich, dass Qualifizierung im Inland und Fachkräfte aus dem Ausland in einem intensiven Spannungsfeld stehen. Je leichter es ist, Humankapital von außen zu holen, umso schwieriger wird es, eine vergleichsweise akzeptable Rendite aus inländischen Qualifizierungsinvestitionen zu erzielen.

Besonders weit aufs Glatteis begibt sich, wer glaubt, eine Nachfrage nach Fachkräften für eine in weiter Zukunft liegende Periode voraussagen zu können. Nicht nur, dass wir nicht wissen, in welchem Ausmaß Arbeit durch Kapital ersetzbar werden wird und welche Innovationen wie viele Fachkräfte überflüssig machen werden. Viel entscheidender ist, dass eine wohlfördernde effiziente internationale Arbeitsteilung auf verschiedenen Wegen erreichbar ist. Internationaler Handel sowie grenzüberschreitende Faktorwanderungen können sich in weiten Bereichen gegenseitig ersetzen. Ob Maschinen zu den Arbeitskräften oder umgekehrt Menschen zur Arbeit wandern, hängt von Transaktions- und Transportkosten ab, über deren langfristige Entwicklung wir heute keine Ahnung haben. Wer weiß schon, wo sich in Zukunft welche Dienstleister mit ihren Kund(inn)en treffen werden? Wieso sollen sich ältere und alte Deutsche von osteuropäischen Krankenschwestern und russischen Ärztinnen im Schwarzwald und nicht auf Mallorca oder in Schlesien pflegen lassen? Es können leicht Szenarien entwickelt werden, bei denen eine schrumpfende deutsche Bevölkerung mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen ganz gut leben könnte!

Vor allem aber wird bei den heutigen Prognosen des ausländischen Fachkräftebedarfs für Deutschland allzu schnell vergessen, dass in absehbarer Zeit das verfügbare Arbeitsangebot auch ohne Einwanderungsgesetz gewaltig aufgestockt werden wird. Sobald nämlich die mittel- und osteuropäischen Länder neue Mitglieder der Europäischen Union sein werden, wird das Recht der Freizügigkeit spätestens nach einer mehrjährigen Übergangsfrist auch für ihre Bürger(innen) gelten. Damit werden Millionen von polnischen, tschechischen, ungarischen oder slowenischen Fachkräften aus deutscher Sicht zum inländischen Erwerbspotenzial zu zählen sein. Spätestens mit dieser europäischen Perspektive greift die gegenwärtige Diskussion über einen ausländischen Fachkräftebedarf für Deutschland zu kurz.